



Gewerkschaft Erziehung
und Wissenschaft



Gesamtschule
Köln-Holweide

ai
amnesty
international

Demokratisches
Türkei-
Forum

Am 12. Januar 1989 wurde in GAZIANTEP/Türkei der Lehrer Mustafa DEPREM verhaftet. Im Februar wurde gegen ihn und eine Reihe von Mitangeklagten in MALATYA ein Verfahren eröffnet. Offenbar wirft man Mustafa DEPREM vor, sich für das Kurdische Volk eingesetzt zu haben. Es ist zu befürchten, daß die Staatsanwaltschaft gegen ihn die Todesstrafe beantragen wird.

Mustafa DEPREM, der Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ist, lebte als anerkannter politischer Flüchtling mit seiner Frau und seiner Tochter in Köln. Das Mädchen besucht die Gesamtschule Holweide.

Gegen die Verhaftung von Mustafa DEPREM haben amnesty international, mehrere Bundestagsabgeordnete, der Kölner Oberbürgermeister, die GEW, das Demokratische Türkeiforum und die Gesamtschule Holweide protestiert.

Die GEW Köln, die Gesamtschule Holweide, das Demokratische Türkeiforum und amnesty international führen eine öffentliche Veranstaltung durch:

Solidarität mit Mustafa Deprem und allen politischen Häftlingen in der Türkei

Rolly BRINGS und Bänd
Metin GÜR liest
Sakir BILGIN berichtet
Tanzgruppen
Saz

Sprecher/innen
der GEW

Gesamtschule Holweide
amnesty international

Donnerstag 15. Juni 89 - 19.30 Uhr

Forum der
Gesamtschule Holweide

Burgwiesenstraße 125
5000 Köln 80

Eintritt frei

TÜSTAV

Der Fall Mustafa DEPREM ist keine Einzelfall. Menschenrechtsverletzungen sind in der Türkei auch neun Jahre nach dem letzten Militärputsch nach wie vor an der Tagesordnung.

Im Januar 1989 stellte amnesty international fest:

Während die türkische Regierung mittels groß angelegter Pressekampagne ihr Image im Ausland aufzubessern sucht, gehen die Menschenrechtsverletzungen im Land unvermindert weiter. Diese Schlußfolgerung zieht amnesty international angesichts zahlreicher Foltervorwürfe, von denen die Organisation seit zwei Monaten tagtäglich Kenntnis erhält. Tausende gefolterter Menschen in den zurückliegenden Jahren, mehr als 200 Todesfälle in Haft unter verdachtserregenden Umständen, Festnahmen aus politischen Gründen und unfaire Gerichtsverfahren sind Ergebnis der Untätigkeit der türkischen Regierung, die es unterlassen hat, durchgreifende Maßnahmen zum Schutz der Menschenrecht einzuleiten